

Zeitschinderei und Provokationen von Gesamtmetall

Metalltarifrunde in Bayern läuft an, Schwerpunktstreiks in der Auto- und Rüstungsindustrie – neben Lohn auch betriebliche Qualifizierung gefordert

4.4.2006 Sofort nach Ablauf der Friedenspflicht in der Nacht vom 28./29. hat die Nachtschicht bei EADS in Haunstetten losgelegt. Von den bayerischen Metallarbeitgebern (VBM) liegt ein „Angebot“ von 1,2% vor, was die IG Metall als „unanständig“ bezeichnet. Die zweite bayerische Verhandlungsrunde fand am 6.3. in Augsburg statt. Das Gejammer der Arbeitgeber bezeichnete die IG Metall als „Zeitschinderei“. Die IG Metall fordert 5% mehr Lohn und Gehalt und 40 €mehr für die Auszubildenden. Die Kapitalisten „boten“ in Augsburg „an“: Für (unbezahlte) Mehrarbeit „zusätzliche Arbeitsplätze“; gar keine Erhöhung für die Auszubildenden, statt dessen die 40 €in einen Topf um damit bayernweit 1000 Ausbildungsplätze „neu zu schaffen“. Der Bezirksleiter der IG Metall Bayern, Neugebauer, bezeichnete es als absurd, die Auszubildenden zur Finanzierung unternehmerischer Personalpolitik heranzuziehen und neue Ausbildungsplätze gewissermaßen selbst finanzieren zu lassen.

Auch zur Forderung der IG Metall nach einem Tarifvertrag zu Qualifizierung und Innovation hatten die Unternehmervetreter in Augsburg nichts beizutragen. Außer, dass sie alle diesbezüglichen Regelungen für überflüssig halten. Dass dies zu kurz gegriffen ist, wies die IG Metall nach:

„In der Tarifrunde 2006 geht es um mehr Geld. Es geht aber auch darum, dass wir die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, verbessern wollen. Wir fordern deshalb eine Tarifvereinbarung zur Qualifizierung und Innovation.

Das »lebenslange Lernen« wird in Sonntagsreden häufig beschworen. Die Realität aber ist: Die berufliche Weiterbildung wird stiefmütterlich behandelt – von den Unternehmen und von den staatlichen Institutionen.

Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik weit abgeschlagen. In Dänemark zum Beispiel nahmen im Jahr 2003 über 25 Prozent aller Beschäftigten zwischen 25 und 64 Jahren an einer beruflichen Weiterbildung teil. In Großbritannien rund 21 Prozent. In der Bundesrepublik hingegen kamen gerade einmal sechs Prozent aller Beschäftigten in den Genuss einer beruflichen Weiterqualifizierung.

Dabei ist klar: Die gute Ausbildung der Beschäftigten ist ein wesentlicher Standortvorteil. Bei der Entlohnung können und wollen wir nicht mit den Ländern zum Beispiel Osteuropas konkurrieren.

Aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen (dürfen), gibt es gewaltige Unterschiede. In der betrieblichen Wirklichkeit gilt offensichtlich das Motto:

Wer bereits gut ausgebildet ist, hat weniger Schwierigkeiten, sich weiter zu qualifizieren. Das ist absurd, weil ja gerade die Kolleginnen und Kollegen, die keine Ausbildung haben, stärker gefördert werden müssten, um bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu haben.

Ein Tarifvertrag, der regelt, wie die berufliche Weiterbildung im betrieblichen Alltag stattfinden soll, ist überfällig. Wir brauchen klare Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Betriebsräte, einen Anspruch der Beschäftigten auf Qualifizierung, präzise Regelungen zum zeitlichen Aufwand. [...]“ *Tarifnachrichten für die Metall- und Elektroindustrie Nr. 3 März 2006 IG Metall Bezirk Bayern*

Was allerdings die bayerischen Arbeitgeber in der 3. Verhandlungsrunde, die am 24.3. in Würzburg stattfand, unterbreiteten, grenzt an Wahnsinn und bringt deren Profitgier zum Ausdruck: Die Arbeitgeber wollen von der IG Metall die Zustimmung, dass für alle Beschäftigten, die nicht fertigungsnah tätig sind (quasi für jeden Indirekten bzw. für jeden Angestellten), ein eigener Tarifvertrag abgeschlossen wird. Sollte dies nicht möglich sein, drohten die Arbeitgeber mit „Outsourcing bzw. Verlagerung dieser Tätigkeiten“. Diese Absicht, die mit deutlichen Einkommensreduzierungen verbunden wäre, wird von der IG Metall nicht akzeptiert... *(nach einem Flugblatt der Vertrauensleute bei EADS)*

Die Beteiligung an den Warnstreiks zeigt eine große Bereitschaft der Kollegen, sich jetzt endlich mehr Lohn zu holen. Am Anfang setzte die IG Metall bayernweit bei Rüstungsbetrieben und bei Audi und BMW an. Schon der Warnstreik von 11.000 Kollegen bei BMW in Dingolfing führte zu einem Produktionsausfall von 80–90 Autos. Das ist ein kleiner Vorgeschmack auf die Möglichkeiten der IG Metall. Bisher waren große Produktionen wie Osram, Renk, Kraus-Maffai, Eurocopter (Donauwörth), EADS, MAN mit kampfstarken Belegschaften betroffen. Wenn die IG Metall sich darauf verlegt, hochspezialisierte Zulieferer länger zu bestreiken, kann sie ganze Branchen bundesweit und z.T. europaweit stilllegen.

Mit einer Ausweitung der Warnstreiks strebt die IG Metall in dieser Woche in 125 Betrieben in Bayern eine Beteiligung von 60.000 Menschen an. Allein am Montag waren in Augsburg schon 3500 Beschäftigte in Aktion mit Kundgebungen bei MAN, Renk und Osram. Die Produktion stand für eine Stunde still. In Schweinfurt fand mit 5000 Kolleginnen und Kollegen die größte Kundgebung seit Jahren statt. Auch in Kempten wurde gestreikt, im südlichen Landkreis streikten z.B. in Schwabmünchen 150 Mitarbeiter von Osram und 80 von Eberle. Morgen informiert die Industriegewerkschaft Metall im Gasthaus Falk in Krumbach ab 18 Uhr interessierte Arbeitnehmer aus dem Raum Krumbach über ihre Rechte im Arbeitskampf. Zu einem Aktionstag mit dem Vorsitzenden Jürgen Peters am kommenden Samstag erwartet die IG Metall in Günzburg 500 Teilnehmer.

Vergangene Woche beteiligten sich 1800 Beschäftigte bei Eurocopter in Donauwörth an einer einstündigen Arbeitsniederlegung. Im Anschluss an eine Kundgebung am Kasinovorplatz zogen sie vor das Verwaltungsgebäude und übergaben der Geschäftsführung eine Resolution. Diese hat die Absicherung der Beschäftigungsbedingungen für die Logistikmitarbeiter, die ausgegliedert werden sollen, zum Inhalt. Der erste Bevollmächtigte der IG Metall Augsburg, Jürgen Kerner, bekräftigte und rechtfertigte in seiner Rede die Forderung der Gewerkschaft nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung von fünf Prozent. Weiter seien die Themen Innovation, Qualifikation und Ausbildungssicherheit in einer neuen Tarifvereinbarung zu regeln. Auch in Wemding und Bäumenheim wurde gestreikt. Bei Deckel Maho in Pfronten rief die IG Metall letzte Woche 400 Beschäftigte zu einer „Aktion Frühschluss“ auf. Bei BSH (Bosch-Siemens-Hausgeräte) in Dillingen wurde gestreikt...

Bundesweit haben sich seit Auslaufen der Friedenspflicht eine Viertelmillion Arbeiter und Angestellte an den Warnstreiks beteiligt. Schwerpunkte bilden dabei NRW, Baden-Württemberg und Bayern.

IGM-Bezirksleiter Neugebauer wunderte sich bei den Tarifverhandlungen in Augsburg, „dass die Arbeitgeber so viel Zeit haben“. Die angebotenen 1,2 Prozent nennt Neugebauer eine „Lachnummer“ und warnt die Kapitalisten: Die IG Metall Bayern gehe gestärkt in die Tarifrunde 2006. Entgegen dem Bundestrend könne die IG Metall einen Mitgliederzuwachs im abgelaufenen Jahr verzeichnen. Der Organisationsgrad in den Betrieben der bayerischen Metall- und Elektroindustrie habe sich um mehr als ein Prozent erhöht. „Mehr als 17 000 Mitglieder sind im letzten Jahr in die IG Metall eingetreten. Das gibt uns Kraft und Elan für die Tarifrunde 2006“, sagte Werner Neugebauer gegenüber der Presse.

Über die Taktik der Kapitalisten kann man nur spekulieren. Zum einen wollen sie sicher wissen, ob und wo die IG Metall noch mobilisierungsfähig ist – und die Gewerkschaft gleichzeitig zermürben. Zum anderen versuchen sie sich womöglich hinter einen Abschluss im Öffentlichen Dienst zu retten, damit die beiden Tarifbewegungen nicht zusammenlaufen. Inzwischen nimmt die Beunruhigung auch im bürgerlichen Lager zu. Die Augsburgische Allgemeine zeigt Besorgnis und hält die Wucht des Tarifkonflikts in der Metallbranche für noch größer als im Öffentlichen Dienst. Der Präsident von Gesamtmetall, Kannegiesser, sagt nicht, dass die Arbeitgeber die 5% nicht zahlen könnten. Aber er will damit lieber einen Reservefond anlegen, mit dem „Deutschland“ „seinen Platz“ in der Welt „neu erkämpfen“ kann. Kannegiesser im O-Ton gegenüber der Augsburgischen Allgemeinen: „Es entstehen weltweit neue starke Zentren, in denen Deutschland seinen Platz neu erkämpfen muss.“ – Dazu ist die IG Metall nicht bereit, was m.E. auch aus politischer und antifaschistischer Sicht gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Das bürgerliche Lager ist hin- und hergerissen. Der Metalltarifauseinandersetzung wird Signalcharakter für die übrigen Branchen beigemessen. Insofern ist die Bourgeoisie interessiert an einer harten Haltung der Metallarbeitgeber. Anfang Februar schätzte die FAZ es so ein:

„Den Verhandlungen über die Lohnprozente kommt diesmal eine besondere Bedeutung zu. Viele im Gewerkschaftslager hoffen, die IG Metall möge eine tarifpolitische Trendwende einleiten und erstmals wieder für deutliche Realloohnerhöhungen sorgen. Im vergangenen Jahr erhöhten sich die Tarifeinkommen um 1,6 Prozent, was angesichts einer Teuerungsrate von 2,0 Prozent reale Einkommenseinbußen von 0,4 Prozent bedeutete. Die Tarifierhöhungen, die 2005 schon für das laufende Jahr vereinbart wurden, signalisieren eine ähnliche Entwicklung; sie bewegen sich zwischen 0,9 und 2,0 Prozent. Der Metallrunde kommt insofern Signalcharakter für die übrigen Branchen zu, in denen dieses Jahr noch Tarifverhandlungen anstehen: Telekom, Post, die Textil- und Bekleidungsindustrie, das private Bankgewerbe, die Stahlindustrie und die Chemische Industrie.“ FAZ 8.2.2006

Ende März, also zwei Monate später muss die FAZ berichten:

Beunruhigt über die Warnstreiks zeigte sich auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). BDA-Präsident Dieter Hundt warf der IG Metall in Berlin vor, offen auf Eskalation zu setzen, statt konstruktiv eine Lösung am Verhandlungstisch zu suchen. Die Arbeitsniederlegungen emotionalisierten den Tarifkonflikt zusätzlich und erschwerten damit einen Tarifabschluss erheblich. „Mit den Warnstreiks werden Erwartungen bei den Beschäftigten geweckt, die nicht erfüllt werden können, wenn die Branche nicht schweren Schaden nehmen soll“, sagte Hundt. FAZ 29.3.2006

Zur Argumentation der IG Metall bringen wir zum Schluss einen Auszug aus einem Interview der FAZ mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Peters unter dem Titel: „Ich kann das Geschrei der Arbeitgeber nicht mehr hören“:

Ostern endet Ihr Ultimatum?

Es gibt keine Deadline. Ich warne nur vor einer Verzögerungstaktik: Das bringt nichts und verhärtet die Fronten. Wenn wir bis Ostern nicht erkennen, daß etwas passiert, dann könnten die Messen schnell gesungen sein. In unseren eigenen Reihen werden sehr schnell einige Kollegen sagen: Jetzt reicht's. Die könnten den Antrag stellen, daß die Verhandlungen gescheitert sind - mit den bekannten Folgen.

Urabstimmung und Streik.

Was soll ich den Mitgliedern anderes erklären? Habt Geduld, wartet noch. Nach Ostern haben die Arbeitgeber die Erleuchtung. Das glaubt kein Mensch. Unsere Leute werden sehr schnell sagen: Jetzt muß es zur Sache gehen. Wir müssen das anders regeln.

Und am Ende trifft man sich doch in der Mitte, irgendwo bei 2,5 Prozent. Wetten?

Dann müßten wir uns ja nur bei der Aufstellung der Forderung anstrengen. Nein, das ist Sache von Verhandlungen. Tatsache ist: Noch nie haben die Arbeitgeber so wenig von ihren Umsätzen für Löhne und Gehälter aufwenden müssen. Deren Anteil an den Kosten liegt heute bei 17,4 Prozent. Vor zehn Jahren waren es noch über 24 Prozent. Da ist also Luft.

Deswegen langen Sie jetzt zu - ohne Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie.

Ich kann dieses Geschrei der Arbeitgeber nicht mehr hören. Fünf Prozent mehr Lohn bedeuten 0,88 Prozent mehr Kosten. Die Preise für Energie oder Stahl sind viel stärker gestiegen, das ist eine ganz andere Belastung. Dagegen sind wir mit unseren fünf Prozent geradezu bescheiden. Zudem sinkt die Lohnquote seit Jahren.

Der Grund dafür ist, daß menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt oder Jobs ins Ausland verlagert werden. Diesen Prozeß beschleunigen Sie, je mehr Sie bei den Löhnen draufsatteln.

Das stimmt doch nicht. Festzuhalten ist: In den letzten Jahren hatten wir eine moderate Tarifpolitik, ob nun ganz freiwillig oder nicht. Das hat nicht dazu geführt, daß auch nur ein einziger Unternehmer auf Möglichkeiten zur Rationalisierung verzichtet hätte. Das tun sie so oder so, ob wir mehr Lohn fordern oder nicht. Das sehe ich doch in den Aufsichtsräten, in denen ich sitze: Kein Manager kennt die Lohnentwicklung der nächsten Jahre. Aber sie sagen mir, wie sich Produktivität und Kosten zu entwickeln haben.

Haben Sie den Eindruck, die Einstellung der neuen Manager-Generation wie Daimler-Chef Zetsche oder Siemens-Boss Kleinfeld habe sich geändert?

Das glaube ich wohl. Bei einigen geht es nur um den letzten Kostenvorteil, den sie glauben rechnerisch reinzuholen. Sie lassen sich von den Finanzmärkten treiben, starren permanent auf den Aktienkurs. Der steigt, wenn sie Leute rausschmeißen. Dieser Typ Manager ist nur für die Betriebswirtschaft zu haben. Alles andere scheint egal. Das wird zu Konflikten führen.

Und da Sie niedrig bezahlte Jobs eh nicht in Deutschland halten können, versuchen Sie wenigstens für die bleibenden so lange wie möglich das Maximale rauszuholen.

Da verkennen Sie unsere Strategie. Es ist auch ein Märchen, daß alle niedrig qualifizierten Tätigkeiten ausgelagert werden. Wenn Unternehmer die Produktion ins Ausland verlagern, dann zum großen Teil, um Märkte wie Osteuropa oder China zu erschließen. Das hat nichts mit den Löhnen zu tun. Und wenn die Autohersteller mit Druck dafür sorgen, daß sich auch ihre Zulieferer dort ansiedeln, ist das mit niedrigen Löhnen nicht zu verhindern.

Auszug aus „Ich kann das Geschrei der Arbeitgeber nicht mehr hören“, Interview der FAZ vom 25.3.2006 mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Peters

Peter Feininger